

Fraktion Die Linke im
Sächsischen Landtag
#sogehtsolidarisch Ende März
2025

Die Linke

Fraktion im
Sächsischen Landtag



Liebe Leserin, lieber Leser,

erstmal seit 1990 hat der Landtag einen Gesetzesentwurf der Linken angenommen. Wir freuen uns sehr darüber, dass unsere langjährige Forderung, den 8. Mai zum Gedenktag zu

machen, erfüllt worden ist – im 80. Jahr nach der Befreiung. Als „Gedenktag zum Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus und der Beendigung des Zweiten Weltkriegs in Europa“ wird der 8. Mai dabei helfen, die Erinnerung an die Menschheitsverbrechen der Nationalsozialisten wach zu halten und jene zu würdigen, die sie 1945 beendet haben. Am 8. Mai war in Europa endlich Schluss mit dem Töten, Verstümmeln, Zerstören. Auch die Befreier haben einen enormen Blutzoll entrichtet, allen voran die Sowjetunion, die USA, Großbritannien, Frankreich und Kanada.

Viele schauen auch heute mit Freude und Dankbarkeit auf dieses Datum. Wir dürfen aber nie vergessen, dass im Tag der Befreiung das Echo von Millionen vernichteter Leben widerhallt. Die Freude darf niemals die mahnende Erinnerung überdecken und schon gar nicht die Verantwortung, die sich aus ihr ergibt. Mensch sein und Mensch bleiben, und sich mit aller Kraft gegen eine Wiederholung der faschistischen Unmenschlichkeit stemmen – das ist unsere Aufgabe.

Kevin Reißig, Pressesprecher

Inhaltsverzeichnis

1. Einnahmen erhöhen – und Geld klug ausgeben
2. Zehntausende Menschen in Sachsen brauchen Bürgergeld, weil ihr Lohn nicht reicht
3. Autoindustrie: Druck machen für gute, sichere Jobs!
4. Deutlich weniger Sozialwohnungen fertiggestellt
5. Bildungszeit: Volksantrag-Anliegen nicht stützen!
6. Schulen sollen Orte für wehrhafte Demokratie werden – „Gemeinschaftskunde“ ersetzen
7. Lohnlücke schließen – mit Hilfe der EU!
8. Wir müssen keinen Feiertag für Rüstung opfern
9. Mehr Drogentote: Nicht an Beratung und Behandlung sparen!
10. Auch das gibt's

Einnahmen erhöhen – und Geld klug ausgeben



Es ist höchste Zeit, dass Sachsen einen neuen Haushalt bekommt. Die Koalition braucht Stimmen aus der Opposition. Das erfordert Verhandlungen auf Augenhöhe, denen wir mit skeptischem Optimismus entgegensehen. Mit uns wird es keine Sozialkürzungen geben, auch nicht zulasten junger Menschen. Wir wollen, dass die Strukturen der gemeinnützigen, ehrenamtlichen, demokratischen, kulturellen, sozialen

Arbeit sowie der Bildungsarbeit erhalten werden. Der Freistaat soll investieren und seine Gemeinden, Städte und Landkreise in die Lage versetzen, sowohl ihre freiwilligen Aufgaben als auch ihre Pflichtaufgaben zu erfüllen. Gesunde Staatsfinanzen gibt es nur, wenn Reichtum gerecht besteuert wird.

Zehntausende Menschen in Sachsen brauchen Bürgergeld, weil ihr Lohn nicht reicht



In Sachsen müssen zehntausende Menschen ergänzend Bürgergeld beziehen, weil sie von ihrem Arbeitslohn nicht leben können. Im November 2024 waren 37.403 Menschen gleichzeitig erwerbstätig und im Bürgergeldbezug. Auch mehr als zweitausend Auszubildende mussten „aufstocken“. Es ist ein Unding, dass knapp 40.000 Menschen im Freistaat zum Amt gehen müssen, obwohl sie arbeiten.

Unternehmerinnen und Unternehmer, die schlecht zahlen, werden so von den Beitragszahlerinnen und Beitragszahlern alimentiert. Das ist ungerecht!

Autoindustrie: Druck machen für gute, sichere Jobs!



Toni Klemm, CC-BY-SA 4.0, Wikimedia Commons

Die Linksfraktion hat im Landtag die Aktuelle Debatte „Milliarden für wenige, Jobverlust für Tausende? Für gerechte Wertschöpfung in der Autoindustrie, auch als Beitrag zum Demokratieerhalt!“ beantragt. Die großen Autobauer verzeichnen zwar sinkende Gewinne, erwirtschaften aber noch immer Überschüsse im Milliardenbereich. Die gleichen Konzerne bauen tausende Stellen ab, und das von den Beschäftigten

erarbeitete Geld landet zum Großteil bei den Aktionären und einigen Milliardärsfamilien. Wir dürfen nicht mit ansehen, wie ein gut bezahlter Industrie-Arbeitsplatz nach dem anderen wegfällt! [In Sachsen geht es da vor allem um Volkswagen.](#)

Deutlich weniger Sozialwohnungen fertiggestellt



2024 wurden in Sachsen nach der Förderrichtlinie gebundener Mietwohnraum lediglich 315 Sozialwohnungen geschaffen, davon 154 in Leipzig und 108 in Dresden. Hinzu kommen 52 Wohnungen, die 2025 fertig gestellt wurden oder werden. In den Vorjahren waren es zumindest etwas mehr gewesen. Der Bedarf ist sehr viel größer. Deshalb ist es problematisch, dass 2024 der

Großteil des Budgets für Sozialwohnungsbau gar nicht ausgeschöpft wurde. [Die Linke fordert eine Offensive für den sozialen Wohnungsbau.](#)

Bildungszeit: Volksantrag-Anliegen nicht stützen!



55.628 Menschen haben in Sachsen für die Einführung von fünf Tagen Bildungszeit unterschrieben. Wir danken allen, die dazu beigetragen haben, dass dieser [Volksantrag](#) nun in den Landtag eingebracht werden konnte! Die Linksfraktion wird sich wie beim Volksantrag zum längeren gemeinsamen Lernen [dafür einsetzen, dass das Anliegen nicht gestutzt wird](#).

Fünf Tage Bildungszeit sind keine utopische Forderung – CDU und SPD wollen nur drei pro Jahr Tage zu gewähren. Unsere Gesellschaft braucht mehr Weiterbildung. Damit die Beschäftigten dafür weder ihren Urlaub zu kürzen noch beim Chef betteln müssen, ist der Rechtsanspruch notwendig – zumal sich der Staat immer stärker auf ehrenamtliches Engagement verlässt, so in der Kinder- und Jugendarbeit, bei Feuerwehren, beim Sport oder der in der politischen Bildung.

Schulen sollen Orte für wehrhafte Demokratie werden – „Gemeinschaftskunde“ ersetzen



Die Linksfraktion greift [Forderungen](#) der Schülerinnen und Schüler auf und will die Schulen zu Lebens- und Lernorten für eine wehrhafte Demokratie machen. Die Staatsregierung soll das Fach Gemeinschaftskunde auf den aktuellen Stand bringen. Es soll „Demokratische Bildung“ heißen und ab Klasse 5 durchgehend erteilt werden. Dafür ist ein Rahmenlehrplan nötig, der auch den Besuch außerschulischer Lernorte wie

Stätten der Erinnerungskultur, Parlamente oder Museen umfasst. [Die jungen Leute sollen die Vorzüge der Demokratie frühzeitig erleben und schätzen lernen](#).

Lohnlücke schließen – mit Hilfe der EU!



Bei gleicher Qualifikation, gleichem Beruf, gleichen betrieblichen Merkmalen, gleicher Arbeitszeit liegt der Lohnunterschied zwischen Frauen und Männern in Sachsen bei 10,5 Prozent. Das ist ungerecht und nicht zu rechtfertigen! Die Linksfraktion hat [im Landtag beantragt](#), die EU-Entgelttransparenzrichtlinie zügig umzusetzen. Sie sieht anders als die deutsche Gesetzgebung vor, dass die

Betroffenen nicht selbst für ihr Recht kämpfen müssen. [Stattdessen sollen die Unternehmen verpflichtet werden, diskriminierende Lohnstrukturen abzubauen.](#)

Wir müssen keinen Feiertag für Rüstung opfern



Die Linke ist dagegen, den [neuerlichen Vorschlag](#) der Wirtschaftslobby, für Aufrüstung einen Feiertag abzuschaffen, ernsthaft zu erwägen. Im Interesse der Bevölkerungsmehrheit läge eine solche Regelung nicht. Es stimmt, dass der Staat seine Einnahmen dauerhaft erhöhen muss. Deshalb wollen wir, dass enorme Einkommen, Vermögen und Erbschaften gerecht besteuert werden.

[Das Argument, wir müssten für Rüstung einen Feiertag abschaffen, ist irreführend.](#)

Mehr Drogentote: Nicht an Beratung und Behandlung sparen!

2024 verzeichnete die Statistik im Freistaat [mindestens 28 Drogentote](#), etwas mehr als in den Vorjahren. Zudem verstarben von Januar bis Oktober 2024 mindestens 840 Menschen an alkoholbedingten Krankheiten und mindestens 2.921 Menschen an mit Tabakkonsum



assoziierten Erkrankungen. [Die Landesregierung muss sich stärker für Prävention und angemessene Behandlungsmöglichkeiten einsetzen.](#)

Auch das gibt's



Erstmals hat der Sächsische Landtag einen Ausschussvorsitzenden abberufen – der AfD-Abgeordnete Alexander Wiesner sitzt dem Ausschuss für Verfassung, Recht und Europa nicht mehr vor. Dass er ein demokratisches Parlament nicht repräsentieren kann, liegt nicht nur an einigen fanatischen Nationalsozialisten, die – angeblich rein zufällig – in seinem Umfeld unterwegs waren. [Wiesner hat mutmaßliche Rechtsterroristen sogar als Mitarbeiter beschäftigt.](#) Sondern es liegt letztlich daran, dass Abgeordnete der AfD den amtsbekannten Umständen nach keine Demokratinnen und Demokraten sind.

Wir haben Wiesners Abberufung mitgetragen. Sie ist das antifaschistische Minimum, das von einem demokratischen Parlament erwartet werden darf – aber leider nicht mehr. Man könnte fragen, warum ein anderer Abgeordneter der AfD Vorsitzender des Innenausschusses bleiben kann – obwohl man ihm im Vor-Beruf als Polizist [die Dienstwaffe weggenommen hat](#), nachdem er einen vermeintlichen „Nebenbuhler“ auf offener Straße niedergeschlagen haben soll.

Impressum

Die Linke Fraktion im Sächsischen Landtag

Bernhard-von-Lindenau-Platz 1

01067 Dresden

Telefon: 0351 4935800

Fax: 0351 4935460

linksfraktion@slt.sachsen.de

Folgen Sie uns auf Facebook

Folgen Sie uns auf X

Folgen Sie uns auf Instagram

Folgen Sie uns auf Youtube

Folgen Sie uns auf Flickr

Wenn Sie diesen Newsletter nicht mehr erhalten wollen, können Sie sich hier austragen:

[Newsletter abbestellen](#)